

grundsätzlich überein. Inwieweit bzw. in welchem Ausmass es im Rahmen des Entlastungspaketes zu einem Abbau von Aufgaben und Leistungen kommen wird, ist für den Regierungsrat zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Motionsantwort allerdings noch offen. Wie in früheren Entlastungspaketten wird der Regierungsrat auf Ebene der Direktionen und der Staatskanzlei über die einzelnen Entlastungsmassnahmen und ihre finanziellen und personellen Auswirkungen informieren.

Der Regierungsrat beabsichtigt, das Entlastungspaket im August 2017 zusammen mit dem Vorschlag 2018 und Aufgaben-/Finanzplan 2019–2021 zuhanden des Grossen Rates zu verabschieden. Gleichzeitig wird der Regierungsrat dem Grossen Rat im Hinblick auf die Novembersession 2017 auch die Steuergesetzrevision 2019 vorlegen, mit welcher die Steuerstrategie und die Unternehmenssteuerreform III umgesetzt werden sollen. Dies ermöglicht dem Grossen Rat anlässlich der Novembersession 2017 eine umfassende finanz- und steuerpolitische Grundsatzdiskussion zu führen.

Zusammenfassend befürwortet der Regierungsrat – im Sinne der bereits initiierten Erarbeitung eines Entlastungspaketes – die Annahme des vorliegenden Vorstosses als Postulat.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme als Postulat

Präsidentin. Wir kommen zu Traktandum 50. Es handelt sich um eine Motion mit dem Titel «Aufgaben überprüfen für einen Aufgaben- und Finanzplan 2019–2021 ohne negativen Finanzierungssaldo». Die Regierung ist bereit, den Vorstoss als Postulat anzunehmen. Wir führen eine freie Debatte. Als erstes hat der Motionär das Wort.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Herzlichen Dank, Frau Regierungsrätin, Sie haben es auch heute wieder gesagt: Man kann nicht immer nur sparen und nochmals sparen, man muss auch über Aufgaben und Arbeitsplätze sprechen. Diese Überlegungen haben uns dazu motiviert, die vorliegende Motion einzureichen. Überall, in jeder Organisation, entstehen mit der Zeit irgendwelche Eigenheiten. Es gibt hier eine Stabstelle und da ein Kommissiönchen oder ein Pöstchen, welche man irgendwann geschaffen hat. Es ist deshalb nötig, dass man von Zeit zu Zeit jede Organisation grundlegend durchleuchtet und prüft, ob es alte Zöpfe gibt, die es nicht mehr braucht, und die man abschaffen kann, weil sich deren Aufgabe mit den Jahren erledigt hat. Jede Organisation befindet sich in einem stetigen Wandel. Wenn ich das Wachstum der Verwaltung und ihre Ausgaben anschau, bin ich davon überzeugt, dass die Verwaltung diverse Fettpölsterchen angesetzt hat, wie es auch mir im Verlauf der Jahre passiert ist. (*Heiterkeit*)

Das Gestalten gehört für mich zu den wesentlichen Aufgaben einer Regierung. Gestalten, nicht nur verwalten. Gestalten heisst für mich auch, Mut für neue Denkansätze und Lösungen aufzubringen. Damit die Regierung gestalten kann, müssen wir ihr hier den Rücken stärken und ihr Freiräume lassen. So kann sie ihre Arbeit in seriöser Weise tun und mutige Entscheide fällen. Ein gutes Beispiel ist für mich die Diskussion um das Innovationsförderungsgesetz. Dieses ist für mich ein Widerspruch in sich. Während in Zürich die Regierung Projekte, die grösser sind als diejenigen, um die es bei uns geht, einfach anpackt und vor dem Parlament vertritt, diskutieren wir zwei Jahre lang hin und her, beüben uns gegenseitig und verhandeln über tote Buchstaben. Damit setzen wir uns in der Zwischenzeit selber schachmatt, denn während wir über ein Gesetz diskutieren und manchmal auch «liire», ist niemand mehr handlungsfähig.

Diese Motion soll ein Aufruf dazu sein, Mut zu beweisen und Leadership zu zeigen. Wir dürfen durchaus grosses Vertrauen in unsere Regierung setzen. Wir haben diese Motion formuliert, als der Regierungsrat in der neuen Zusammensetzung an den Start ging. Ich wurde schon kritisiert, der Vorstoss gehe viel zu wenig weit, und ich hätte wieder ein Minimalziel definiert. Ich sehe es nicht so: Wir haben den Nachsatz drin, dass bereits überwiesene Motionen berücksichtigt werden sollen. Ich stelle mir nun vor, dass wir jetzt einmal alte Zöpfe abschneiden und die verschiedenen Jöbchen und Ämtchen ausmisten, die es nicht mehr braucht, bis wir einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo haben. Wenn wir das geschafft haben, sei es über das Fortputzen von unnötigen Jobs oder über die effizientere Gestaltung von Aufgaben, dann kommen die Sparmotionen zum Zug. Diese werden uns den nötigen Handlungsspielraum für dringend notwendige Steuersenkungen schaffen. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen.

Präsidentin. Möchte sich jemand von den Mitmotionären äussern? Wünscht eine Fraktion das Wort? – Das ist der Fall.

Adrian Haas, Bern (FDP). Offenbar ist die Hitze hier drin so gross, dass niemand Lust verspürt, ans Mikrofon zu gehen. Der Motionär will den Regierungsrat damit beauftragen, über alle Direktionen hinweg aufzuzeigen, welche Aufgaben abgeschafft oder allenfalls an private Leistungserbringer übertragen werden können. Er will zudem eine Begründung und fordert, dass die finanziellen Folgen aufgezeigt werden. Diese Idee ist nicht ganz neu, aber auch nicht falsch. Am 13. September 2010 hat der Grosse Rat eine Motion Feller (FDP) für eine echte strategische Aufgabenüberprüfung überwiesen. Wir haben mit dieser Motion auch ein Vorgehensschema mitgeliefert, welches sich im wesentlichen mit den Forderungen der heutigen Motion deckt. Der Regierungsrat hat damals ein anderes Vorgehen gewählt, nämlich den so genannten «Aufgabendialog». Dieser wurde jedoch wegen Untauglichkeit abgebrochen. Etwas schlauer war dann die Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP, die auf einem Benchmark zwischen den Kantonen basierte. Das neue Entlastungspaket hat wieder einen anderen Ansatz. Wir werden es schon bald sehen.

Bei all diesen Übungen wird nur selten auf etwas verzichtet, weil man immer tausend Gründe dafür findet, warum eine Leistung seitens des Staats unbedingt bereitgestellt werden soll. Die Motion verlangt als Minimalziel einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo. Das verlangt ja bereits die Verfassung mit ihren Bestimmungen zur Schuldenbremse. Als weiterer Punkt sollen überwiesene Motionen berücksichtigt werden. Auch dies verlangt unsere Rechtsordnung. Es ist eigentlich ein Armutszeugnis für unsere Demokratie, dass ein Parlament von der Regierung ausdrücklich verlangen muss, dass Motionen umgesetzt werden. Für uns ist fraglich, ob die vom Rat überwiesenen Motionen als Minimalziel, wie Motionär Trüssel sagt, überhaupt genügen, um den Kanton Bern aus der Steuerhölle zu führen. Wir neigen eher zu einem Postulat, weil die Forderungen nicht genügen. Doch wir könnten im Sinne unserer Erwägungen auch einer Motion zustimmen.

Präsidentin. Grossrat Feller spricht als Mitmotionär und als Fraktionssprecher.

Erich Feller, Münsingen (BDP). Der Regierungsrat wird damit beauftragt, über alle Direktionen hinweg aufzuzeigen, welche Aufgaben abgeschafft und welche an private Leistungserbringer ausgelagert werden könnten. Die Aufstellung soll eine Begründung sowie die finanziellen Effekte beinhalten. Als Minimalziel soll die Aufgabenüberprüfung zu einem ausgeglichenen Finanzierungssaldo führen. Wir erwarten eigentlich, dass nicht nur das Minimalziel erreicht wird. Der Regierungsrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, wobei dem formulierten Minimalziel zugestimmt wird. Ich schliesse mich den Worten Daniel Trüssels an. Die Forderung dieser Motion ist aus unserer Sicht nicht erfüllt. Wir wollen eine Aufstellung, welche die möglichen Handlungsfelder aufzeigt und über die finanziellen Auswirkungen informiert. Wir wollen nicht nur Informationen erhalten über Positionen, bei denen man sparen kann, sondern auch über mögliche Auslagerungen. Zum heutigen Zeitpunkt verfügen wir noch nicht über die erforderlichen Informationen zu den Effekten des Entlastungspakets, um eine Wandlung in ein Postulat zu rechtfertigen. Sicher sind verschiedene Abklärungen gemäss dem Begehren unserer Motion schon erfolgt. Ob dies jedoch abschliessend erfolgt ist, wissen wir zum heutigen Zeitpunkt noch nicht. Wir wissen, dass wir Mittel brauchen, um das Entlastungspaket umzusetzen und um die geplante Steuergesetzrevision umzusetzen. Wir halten deshalb an der Motion fest und erwarten aussagekräftige Entscheidungsgrundlagen. Die BDP-Fraktion unterstützt aus den erwähnten Überlegungen eine Motion.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Jede Direktion soll aufzeigen, welche Aufgaben man ganz abschaffen und welche man privatisieren könne. Es steht so schön: «... an private Dienstleistungserbringer übertragen.» Was heisst das? Bedeutet es, dass nicht mehr der Kanton Bern die Viehschauen bezahlt, sondern die Viehbesitzerinnen und -besitzer? Wir müssen uns auch über die Frage unterhalten, was ein alter Zopf ist. Da gibt es politische Mehrheiten und Minderheiten. Es ist nicht einfach klar, was zu den alten Zöpfen gehört. Für die grüne Fraktion ist die vorliegende Motion so nicht zu unterstützen. Einerseits ist der Zeitpunkt sehr speziell. Wir haben von der Finanzdirektorin gehört, dass der Regierungsrat anscheinend im Verlaufe langer Diskussionen geklärt hat, wo man uns welche Sparmassnahmen vorschlagen will. Die Auseinandersetzung, die wir in den nächsten Monaten führen werden, können wir nicht vorwegnehmen. Diese Motion will ganz klar Druck ausüben, um noch mehr zu sparen. Wir sind auch der Meinung, dass man immer wieder überprüfen muss, ob wir das Richtige tun und ob wir die richtigen Aufgaben ausführen. Das ist ein permanenter Prozess. Wir sind auch der Meinung, dass dies im Aufgabenheft der Regierung steht. Wir können nicht unterstützen, dass man hier zusätzlichen Druck ausübt und noch mehr Vorgaben macht.

Noch ein letzter Punkt, warum wir nicht überzeugt sind, dass diese Motion inhaltlich sinnvoll ist: Wir haben bereits in der Verfassung verschiedene Instrumente, die Vorgaben in diesem Bereich machen. Man würde sowohl die gesetzlichen und verfassungsmässigen Vorgaben wie auch den Prozess, der bezüglich der aktuellen Sparrunde vorgeschlagen wurde, übersteuern. Deshalb lehnt die grüne Fraktion den Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat ab. Wir sind aber der Meinung, dass der Vorstoss, wenn er überwiesen wird, gleichzeitig abzuschreiben ist, weil wir zuerst das Resultat, welches uns die Regierung unterbreitet, würdigen wollen.

Ursula Marti, Bern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat schon mehrmals – letztmals vor zwei Stunden – dargelegt, dass wir dem angekündigten Abbauprogramm der Regierung mit dem offiziellen Namen «Entlastungsprogramm» sehr skeptisch gegenüberstehen. Wir wehren uns vehement gegen den Leistungsabbau zulasten der Bevölkerung. Auch die vorliegende Motion Trüssel zielt unseres Erachtens in dieselbe Richtung wie das Abbauprogramm der Regierung. Es wird zwar differenziert, dass nicht einfach gespart werden solle. Vielmehr sollten Aufgaben grundsätzlich überprüft werden. Andererseits geht es auch beim regierungsrätlichen Entlastungsprogramm genau um eine Aufgabenüberprüfung. Wir sehen somit kaum einen Unterschied. Zudem sind wir der Meinung, dass Aufgabenprüfungen eine Daueraufgabe jeder Direktion und auch der Regierung als Ganzes sind. Natürlich sind auch wir froh, wenn man etwas findet, das obsolet ist und das man einsparen oder effizienter tun kann. Das ist keine Frage. Aber dies ist auch nichts Neues, und es ist wie gesagt eine Daueraufgabe und eine Selbstverständlichkeit.

Ich möchte noch etwas zu bedenken geben: Diese Motion wünscht, dass Auslagerungen an private Leistungserbringer geprüft werden sollen. Eine Auslagerung bedeutet jedoch nicht automatisch, dass etwas billiger wird. Wenn es billiger wird, ist dies in der Regel mit einer Verschlechterung der Qualität oder der Arbeitsbedingungen verbunden. Man kann nicht sagen, es sei schlechter und teurer, wenn der Staat eine Aufgabe ausführt. Deshalb lehnen wir diese Stossrichtung ab. Bei jeder Auslagerung von Aufgaben können wir zudem politisch weniger Einfluss nehmen. Wenn wir nicht zufrieden sind mit der Art und Weise, wie in diesem Kanton Aufgaben ausgeführt werden, können wir im Grossen Rat Vorstösse einreichen. Dies würde in Zukunft schwieriger werden, wenn diese Aufgaben nicht mehr von der Verwaltung, sondern von privaten Leistungserbringern ausgeführt würden. Aus all diesen Gründen lehnen wir diesen Vorstoss ab und würden auch ein Postulat ablehnen.

Präsidentin. Für die EVP-Fraktion oder als Mitmotionär hat Markus Wenger das Wort.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Diese Motion entstand vor dem Hintergrund nicht ausgeglichener Rechnungen im Finanzplan. Man erinnere sich an die Diskussion im Zusammenhang mit der letzten Sparrunde. Wir haben uns in einer kleinen Gruppe zusammengefunden und haben gedacht, wir wollten nicht querschnittsartig sparen, sondern nochmals genau hinschauen und als Grossräte Verantwortung übernehmen. Das heisst auch, an einen oder anderen Ort einen Schnitt zu machen und auf bisherige Aufgaben in der gewohnten Form zu verzichten. Uns ist klar, dass dieser Weg nicht einfach ist. Wir können nicht einfach hingehen und sagen, dass wir dies oder das nicht mehr machen wollen. Eine Session später steht vor dem Rathaus dann eine Volksansammlung und protestiert, worauf wir wieder auf Feld 1 zurückkriechen. Etwas einzusparen und Aufgaben zu reduzieren gehört wohl zu den anspruchsvollsten Aufgaben, welche die Politik, und die Regierung im Speziellen, erfüllen muss. Aber wir dürfen uns als Grossräte nicht herausreden und sagen, die Regierung solle selber schauen. Es gilt folgendes Sprichwort: «Eher würde ein Hund einen Wurstvorrat anlegen, als ein Politiker sparen würde.» (*Heiterkeit*) Wahrscheinlich wird auch bei uns im Wahlkampf wieder versprochen, man würde hier oder da helfen. Niemand wird sagen, er wolle in einem bestimmten Bereich sparen und Sorge dafür, dass da der Hahn zugekehrt werde. Deshalb verlangen wir hier einen Spagat. Dessen sind wir uns bewusst. Trotzdem müssen wir nochmals kritisch sein und uns überlegen, was wir wirklich brauchen und wollen. Da kommen wir kaum darum herum. Die EVP-Fraktion würde ein Postulat einstimmig unterstützen. Bei der Motion sind nicht alle gleicher Meinung. Aber es ist uns allen wichtig, dass wir die Finanzen im Griff haben. Nur so sind wir enkeltauglich.

Michael Köpfli, Bern (glp). Es ist wohl nicht ganz überraschend, dass wir dem Vorstoss von Kollege Trüssel zustimmen, und zwar sowohl als Motion wie auch als Postulat. Wenn wir eine Verringerung der Ausgaben erreichen wollen, soll dies eben nicht zu Lasten der Berner Bevölkerung ge-

schehen, indem man überall ein bisschen wegspart, auch bei den Kernaufgaben des Staats, und zum Beispiel die Schulklassen vergrössert oder Lektionen streicht. Es soll vielmehr gespart werden, indem man hinschaut, welche Aufgaben nicht oder nicht mehr nötig sind, weil sie jemand anderes inzwischen besser macht. Vielleicht sind einige Aufgaben auch schlicht keine Staatsaufgaben. Man könnte nun die klassischen Beispiele aufzählen. Natalie Imboden hat die Viehschauen erwähnt. Man könnte auch die Kirchensubventionen nennen. Doch das sind politische Fragen. Wir sind uns bewusst, dass wir hier in der Minderheit sind. Ich möchte jedoch ein Beispiel nennen, in dem es heute Doppelspurigkeiten gibt und wo Optimierungspotenzial besteht. Ich spreche von der Wirtschaftsförderung. Wir haben inzwischen eine Wirtschaftsförderung auf kantonaler Ebene, die immer wieder ausgebaut wurde. Weiter betreiben heute auch die Regionalkonferenzen Wirtschaftsförderung. Gewisse Gemeinden tun es auch. Daneben gibt es Private, die dasselbe tun. Hier könnten vielleicht gewisse Aufgaben an Private delegiert werden, oder man könnte sich zumindest einigen, auf welcher Ebene die Wirtschaftsförderung stattfinden soll. Vielleicht sollte sich der Kanton in Zusammenarbeit mit den Regionalkonferenzen und den Gemeinden einigen, welche Wirtschaftsförderung man will, und ob man sich innerhalb des Kantons gegenseitig konkurrenzieren oder im interkantonalen Wettbewerb bestehen will. Wenn wir in diesem Bereich auch noch ein wenig Geld einsparen könnten, würde dies den Handlungsspielraum bei den Einkommens- und den Unternehmenssteuern vergrössern und den Kanton Bern zusätzlich voranbringen. Ich habe den Eindruck, dass hier ein grosses Potenzial besteht. Man könnte in diesem Bereich Aufgaben streichen, ohne dass die Bevölkerung im Geringsten darunter leiden würde. Wir bitten Sie, den Vorstoss zu unterstützen.

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Es wird Sie nicht überraschen, dass die SVP sowohl ein Postulat wie auch eine Motion unterstützen wird. Ich lese nun nicht mein vorbereitetes Votum vor, denn dieses würde sich fast eins zu eins mit dem Votum von Adrian Haas decken. Das kommt wohl daher, dass wir mehrere Jahre in derselben Kommission verbracht haben. Ich möchte nur ein paar Dinge erwähnen, die ich in den letzten sieben Jahren erlebt habe, und die mit dieser Thematik zu tun haben. Es ist nicht ganz erstaunlich, dass mit Daniel Trüssel jemand dieses Thema aufgegriffen hat, der noch nicht so viele Jahre dabei ist wie wir. Als ich neu in diesem Rat dabei war, versuchten wir jeweils in den Budgets viele Massnahmen aufzuzählen, die man aus unserer Sicht abbauen oder einsparen könnte. Daraufhin hiess es jeweils, dies sei nicht unsere Sache, sondern Sache der Regierung, was ja grundsätzlich auch stimmt. Dann kam ASP I. Danach wurde von unserer Seite sofort ASP II eingefordert. Bis zum heutigen Tag ist insofern nichts passiert, als wir im nächsten Monat die nächsten Sparmassnahmen diskutieren werden. Wir gehen davon aus, dass bei den anstehenden Sparmassnahmen tatsächlich solche Aufgabenverzichtes dabei sind. Wir unterstützen diesen Vorstoss sowohl als Postulat wie auch als Motion. Man kann sich jedoch darüber streiten, ob die Motion im Moment in dieser Form nötig ist.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil / Schwarzenbach (EDU). Die EDU unterstützt diese Motion. Man muss immer wieder überprüfen, was es noch braucht, und was man einsparen könnte. Mit unserer IT-Verwaltung, die immer moderner wird, sollte man sicher etwas einsparen können. Bei dieser Motion gilt der Satz: «Nützt es nichts, so schadet es auch nichts.» (*Heiterkeit*)

Präsidentin. Wir haben eine Einzelsprecherin.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Ursula Marti hat aus meiner Sicht alles gesagt, was es von Seiten unserer Fraktion zu sagen gibt. Auch Natalie Imboden hat sich schon geäussert. Ich komme nur wegen einer Aussage von Daniel Trüssel ans Rednerpult, die mich als Gewerkschaftssekretärin und jahrzehntelange aktive Gewerkschafterin sehr provoziert hat und die sehr unsensibel ist: «... dann werden wir halt ein bisschen Personal wegputzen.» Daniel Trüssel, eine solche Sprache geht gar nicht!

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Die Diskussion über diesen Vorstoss erfolgt einerseits zu früh, aber andererseits auch zu spät. Sie ist verfrüht, weil wir in diesem Saal anlässlich der Novembersession 2017 eine steuerpolitische Grundsatzdebatte führen werden. Dann werden wir die Eckwerte des Voranschlags 2018 und des Aufgaben- /Finanzplans 2019–2021 sowie den finanziellen Umfang des Entlastungspakets und der Steuergesetzrevision 2019 kennen. Gleichzeitig erfolgt sie zu spät, weil der Regierungsrat in der Öffentlichkeit schon im vergangenen Herbst gesagt hat, dass er die

Zielsetzungen des Entlastungspakets bereits definiert habe. Dieses soll zu einem ausgeglichenen Voranschlag und einem ebensolchen Aufgaben- und Finanzplan führen und die nachhaltige Finanzierung der Steuergesetzrevision 2019 sicherstellen. Weiter soll gegenüber dem Grossen Rat aufgezeigt werden, welche Entlastungsmassnahmen notwendig würden, wenn man weitere Steuerentlastungen beschlösse, die über die Steuergesetzrevision hinausgingen. So gesehen geht der Regierungsrat mit dem im Vorstoss formulierten Minimalziel eigentlich einig, wonach die Aufgabenüberprüfung zu einem ausgeglichenen Finanzierungssaldo führen soll. In welchem Ausmass es zu einem Abbau von Leistungen kommen wird, wird man anlässlich der Diskussion rund um das Entlastungspaket aufzeigen. Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, diesen Vorstoss nicht als Motion anzunehmen, sondern als Postulat.

Erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung: Man kann immer fordern und sagen: «Nun machen Sie schon, zeigen Sie auf...!» Wir werden Ihnen schon etwas aufzeigen, aber Sie stehen dann in der Verantwortung. Es ist schon oft vorgekommen, dass wir aufgezeigt haben, welche Massnahmen möglich wären, und diese Vorschläge dann unter den Tisch gewischt wurden. Denken Sie bitte im November an die Worte, die Sie heute geäussert haben.

Präsidentin. Der Motionär hat nochmals das Wort.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Entschuldigung, Béatrice Stucki. Ich bin nicht unbedingt bekannt für eine allzu gewählte Ausdrucksweise. Manchmal rede ich so, wie mir der Schnabel gewachsen ist, auch wenn es zuweilen etwas salopp ist. Aber ich wollte selbstverständlich niemanden verletzen. Wenn man nun der Ratslinken zuhört, könnte man meinen, dass das Wohl der Berner Bevölkerung davon abhängt, dass wir einen möglichst fetten Staat haben. Das Geld, welches wir nicht via Kanton umverteilen, ist nicht einfach verloren, sondern bleibt in den Hosentaschen der Bürger und der Unternehmer. Ich traue jedem hier drin zu, dass er sehr verantwortungsvoll und sozial nachhaltig mit dem Geld handelt, welches er zusätzlich in der Tasche hat. Ich werde dies auf jeden Fall tun, auch wenn ich manchmal nicht der Sensibelste bin, was die Wortwahl betrifft. Der Zeitpunkt für solche Vorstösse ist selbstverständlich immer falsch. Entweder ist es zu früh oder zu spät oder sonst irgendwie falsch. Aber wenn man diesen Vorstoss nicht einmal einbringt und deutlich überweist, hat die Regierung nie den Auftrag, diese Sache tatsächlich anzupacken. Ich muss der Frau Regierungsrätin ein Kompliment machen zu ihrer Aussage. Wenn die Regierung dann etwas vorschlagen wird, ist es an uns, mitzuziehen, auch wenn es unter Umständen unsere Klientel betrifft. Dann gilt es, mutig zu sein und zu sagen, es müsse einfach sein. Man kann nicht immer nur Klientelpolitik betreiben, man muss manchmal den Mut zu Veränderungen haben. Nochmals: Das Geld, welches der Kanton nicht ausgibt, verschwindet nicht einfach. Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

Präsidentin. Wir kommen zur Abstimmung. Es handelt sich immer noch um eine Motion. Ich möchte nochmals fragen ...

(Die Präsidentin wird durch laute Trillerpiffe jäh unterbrochen. Auf der Besuchertribüne entrollt eine Gruppe junger Leute ein Transparent, welches gegen Sparmassnahmen im Bildungs- und Sozialbereich Stellung bezieht. Ein ohrenbetäubendes Pfeif- und Trommelkonzert macht eine Fortführung der Verhandlungen unmöglich. Einige Grossrätinnen und Grossräte verlassen den Saal rasch in Richtung Wandelhalle. Nach knapp vier Minuten können die lärmenden Gäste dazu veranlasst werden, die Tribüne zu verlassen und sich in die Wandelhalle zu begeben, was mit einem Applaus seitens der Grossrätinnen und Grossräte quittiert wird. Nach und nach kehrt wieder etwas Ruhe ein, sodass die Verhandlungen fortgesetzt werden können.)

Präsidentin. *(Unruhe, die Präsidentin läutet die Glocke.)* Ich schlage vor, dass wir die Beratungen fortsetzen. Die Parlamentsdienste kümmern sich um die nächsten Schritte. In solchen Momenten denke ich jeweils, dass wir hier drin nicht sehr sicher sind. Ich bin froh, wenn Sie sich hin und wieder nach rechts und links wenden und Meldung machen, wenn Sie feststellen, dass Leute unterwegs sind, die nicht ganz hierher passen. Meistens merken es die Parlamentsdienste vorher, und wir sehen gar nicht alle, die auf die Tribüne gehen wollen, um zu stören. Aber ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie die Augen offenhalten. Ich bitte Sie nun, wieder Platz zu nehmen, und hoffe, dass Ihre Ohren keinen Schaden erlitten haben.

Zuerst zur Frage der Abschreibung. Grossrätin Imboden wollte den Vorstoss abschreiben lassen. Bleibt der Antrag auf Abschreibung bestehen? – Ich sehe, dass Grossrätin Imboden nickt. Dann

würden wir zuerst über die Motion abstimmen und anschliessend über die Abschreibung derselben. Ich denke, dass jetzt alle wieder da sind, und wir abstimmen können. Frau Regierungsrätin Simon ist auch da. Wir stimmen über die Annahme der Motion und dann über die Abschreibung ab. Wer der Motion in der vorliegenden Form zustimmen kann, stimmt ja, wer dies nicht möchte, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 96

Nein 39

Enthalten 2

Präsidentin. Sie haben die Motion angenommen. Nun kommen wir noch zum Antrag Imboden. Wer diese Motion abschreiben möchte, stimmt ja, wer dies nicht tun möchte, stimmt nein.

Abstimmung (Antrag Imboden, Bern (Grüne); Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung Abschreibung

Ja 40

Nein 97

Enthalten 1

Präsidentin. Sie haben die Abschreibung abgelehnt. Somit ist der Vorstoss so als Motion überwiesen.